

In der Stadt Herten, früher die größte Bergbaustadt Westeuropas, gingen durch die vollständige Schließung der Zechen innerhalb weniger Jahre rund 15.000 Arbeitsplätze verloren. Der damit über die Stadt hereinbrechende Strukturwandel hatte zur Folge, dass der bis dahin starke, über Bergbau und Gewerkschaften geprägte Zusammenhalt verloren zu gehen drohte. In dieser desolaten, von Zukunftsangst geprägten Situation schlossen sich 50 Hertener Bürger zusammen und gründeten im Jahr 1999 die Hertener Bürgerstiftung. Durch aktive Bürger und größere gesellschaftliche Teilhabe sollte die Stadt den Menschen zurückgegeben werden. In den 10 Jahren ihres Bestehens baute die Hertener Bürgerstiftung eine Reihe von Projekten auf, die eine Kultur der Arbeit schaffen und bürgerschaftliches Engagement organisieren sollten. Diese Kräfte und Potenziale trafen sich mit dem Vorhaben des 2004 neu gewählten, damals 32-jährigen Bürgermeisters Uli Paetzel, durch Kooperation mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften eine Kultur der Teilhabe und der gegenseitigen Anerkennung entstehen zu lassen, in der die Bürger »ohne Angst verschieden sein« können. Durch seinen persönlichen Stil gelang es ihm, ein offenes und positives Klima in der Stadt zu fördern und dadurch die Kooperationsbereitschaft der Bürger zu erhöhen. Die Hertener Bürgerstiftung, die bereits mit großem Erfolg den Jugendwerk- und Bauernhof Wessels, ein Qualifizierungs- und Ausbildungsprojekt für Jugendliche, aufgebaut hatte, hat die Trägerschaft für zwei Bausteine im Integrierten Handlungskonzept Herten-Süd, das Sozial- und Integrationsprojekt »Quartierbüro Herten-Süd« und das Bildungsprojekt »Ein Quadratkilometer Bildung« übernommen. Damit wurden die gemeinsamen Bemühungen für die Zukunft der Stadt auch institutionell verankert.

Bürgermeister Uli Paetzel, dessen Überzeugung es ist, dass die Menschen durch Teilhabe zusammengebracht werden können und dessen persönlicher Stil der Amtsführung und des Kümmerns zu einem offenen und auch fröhlichen Klima in der Stadt wesentlich beiträgt, und die Hertener Bürgerstiftung, die mit ihren Mitgliedern seit 10 Jahren beispielhaft zeigt, wie man mit Einsatz, Elan, Phantasie und gebündelter Energie vieles anstoßen, verändern und erreichen kann, arbeiten gemeinsam daran, dass die Bürger der Stadt Herten die Gestaltung ihrer Zukunft in die eigene Hand nehmen.

Eine Theodor Heuss Medaille für das Jahr 2009 wird dem Bürgermeister der Stadt Herten,

Uli Paetzel und der Hertener Bürgerstiftung

zuerkannt, für das vorbildliche Engagement, mit dem sie gemeinsam daran arbeiten, die Bürger ihrer vom Strukturwandel schwer betroffenen Stadt dafür zu gewinnen, sich an der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft für sich und ihre Kinder zu interessieren und aktiv an der Verwirklichung dieses Ziels teilzuhaben.

Stuttgart, den 25. April 2009

Ludwig Theodor Heuss
Vorsitzender des Vorstandes

Jutta Limbach
Vorsitzende des Kuratoriums

Seit im Februar 1988 Rudolf Heß in Wunsiedel in der Grabstätte seiner Eltern beigesetzt wurde, sahen sich Politik, Verwaltung und Bürger von Wunsiedel einer permanenten Konfrontation mit den Anhängern des früheren Hitler-Stellvertreters ausgesetzt. Die »Rudolf-Heß-Gedenkmärsche« wurden zeitweise verboten, durften aber ab 2001, auf Anordnung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, wieder stattfinden und brachten jedes Jahr Tausende von Rechtsextremen nach Wunsiedel. Der allgemeinen Haltung des Wegschauens in der Stadt setzten der 2002 neu gewählte Erste Bürgermeister Karl-Willi Beck, die 2003 mit Unterstützung der Jugenddiakonin Andrea Heußner gegründete Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus und die seit 2005 aktive Bürgerinitiative »Wunsiedel ist bunt – nicht braun« gemeinsam Widerstand entgegen. Im Wesentlichen auf das konsequente Betreiben des Ersten Bürgermeisters hin hatte sich die Politik der Stadt dafür eingesetzt, das Verbot der Aufmärsche auf rechtlichem Wege zu erreichen. Der daraus erwachsende Schulterschluss zwischen allen politischen, gesellschaftlichen, kirchlichen und kulturellen Kräften bewirkte, dass durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Gedenkmärsche in Wunsiedel seit 2005 regelmäßig verboten werden konnten. Mit expliziter Unterstützung des Ersten Bürgermeisters leistet die Initiative »Wunsiedel ist bunt – nicht braun« im Netzwerk des weit in die Region hinein wirkenden Wunsiedler Bündnisses gegen Rechtsextremismus mit ihren vielfältigen – bunten – Projekten und Aktionen Überzeugungsarbeit, um einer passiven Duldung der rechtsextremistischen Umtriebe in der Stadt eine demokratische Einstellung entgegenzusetzen. Damit haben sie auch erreicht, dass sich das Bild von Wunsiedel in der Wahrnehmung von außen zum Positiven gewandelt

hat. Der Erste Bürgermeister von Wunsiedel, Karl-Willi Beck, ein verantwortungsvoller und mutiger Politiker, der über Parteigrenzen hinweg zu denken vermag, und die Initiative »Wunsiedel ist bunt – nicht braun«, ein Zusammenschluss von Menschen, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen, haben es gemeinsam erreicht, die Bürger ihrer Stadt von der Notwendigkeit des Umdenkens und des aktiven Eintretens für demokratische Werte zu überzeugen, um ein lebenswertes Umfeld für alle zu sichern.

Eine Theodor Heuss Medaille für das Jahr 2009 wird dem Ersten Bürgermeister der Stadt Wunsiedel,

Karl-Willi Beck und der Bürgerinitiative Wunsiedel ist bunt – nicht braun

zuerkannt für die beispielhafte Zusammenarbeit, die sie im Zuge des langen und für die Stadt Wunsiedel schmerzhaften Prozesses zur Lösung des Problems der nationalsozialistischen Aufmärsche am Todestag von Rudolf Heß gemeinsam entwickelt haben.

Stuttgart, den 25. April 2009

Ludwig Theodor Heuss
Vorsitzender des Vorstandes

Jutta Limbach
Vorsitzende des Kuratoriums

Die Aktion Zivilcourage, heute eine mit vielfältigen Aktivitäten und in breiter regionaler Vernetzung kooperierende Initiative, wurde 1998 von vier Schülern gegründet, die die hohen Kommunalwahlergebnisse rechter Parteien im Landkreis Sächsische Schweiz, die zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen, die Beherrschung des Alltags durch Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und das daraus entstandene Klima der Angst nicht mehr hinnehmen wollten. Vor die Alternative gestellt, wegzuziehen oder dazubleiben und sich zu engagieren, entschieden sie sich dafür, etwas zu unternehmen. Auch der 2001 neu gewählte Oberbürgermeister Markus Ulbig war entschlossen, das Problem der Skinheads nicht unter den Teppich zu kehren, sondern zu handeln. Dies war nicht nur seine persönliche Antwort auf die Erfahrungen, mit denen seine halbwüchsigen Kinder im Alltag konfrontiert wurden, es entsprach auch seiner Überzeugung, dass niemand als Demokrat geboren wird. In der Folge kam es zu einer engen Kooperation zwischen ihm und der Aktion Zivilcourage. Aus der Erkenntnis heraus, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus nur über eine Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Kultur gelingen kann, war es ihr gemeinsames Ziel, die Menschen in Pirna zu motivieren, vor den Zuständen nicht weiter die Augen zu verschließen, sondern sich entschieden dagegen zu stellen. Durch ein großes Spektrum an Veranstaltungen und Aktionen, durch Jugendbegegnungen und Gedenkfahrten, durch Bildungsarbeit, Seminare und Beratungen, durch Lesungen und Konzerte und den jährlich organisierten Markt der Kulturen gelang es allmählich, bei der jüngeren Generation, aber auch bei vielen älteren Bürgerinnen und Bürgern Interesse zu wecken und eine Atmosphäre in der Stadt zu etablieren, die durch Zivil-

courage, Toleranz und der Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen geprägt ist. Zwischen Behörden, Vereinen, Verbänden, Kirchen und Schulen wuchsen gegenseitiges Verständnis und Kooperationsbereitschaft. Dies alles führte zu einem deutlichen Rückgang politisch motivierter Gewalttaten und der Wählerstimmen für die rechtsextreme NPD in Pirna. Oberbürgermeister Markus Ulbig und die Aktion Zivilcourage haben mit ihrem gemeinsamen Handeln beispielhaft gezeigt, wie durch gegenseitige Unterstützung und durch mutige und beständige Bildungs- und Überzeugungsarbeit die Bevölkerung dafür gewonnen werden kann, sich an der Gestaltung einer demokratischen Alltagskultur zu beteiligen.

Eine Theodor Heuss Medaille für das Jahr 2009 wird dem Oberbürgermeister der Stadt Pirna,

Markus Ulbig und der Aktion Zivilcourage

zuerkannt für ihr gemeinsames konsequentes Eintreten zur Eindämmung von Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, die den Alltag in der Stadt Pirna bis vor wenigen Jahren unübersehbar prägten.

Stuttgart, den 25. April 2009

Ludwig Theodor Heuss
Vorsitzender des Vorstandes

Jutta Limbach
Vorsitzende des Kuratoriums

Grenzach-Wyhlen, eine Kommune mit rund 14.000 Einwohnern im äußersten Südwesten Deutschlands, vor den Toren der Stadt Basel gelegen, hat wie viele andere zu Beginn des Jahrzehnts einen Agenda-21-Prozess initiiert. In vier Arbeitskreisen beschäftigten sich die Bürgerinnen und Bürger mit der Zukunft ihrer Gemeinde im 21. Jahrhundert. Der Grenzach-Wyhlener Agenda-Prozess zeichnete sich durch große Lebendigkeit und hohe Bürgerbeteiligung aus. Viele Projekte, wie die Rheinuferrenaturierung oder die Einrichtung eines Wochenmarktes mit regionalen Produkten im Ortsteil Wyhlen, haben den Weg aus den Arbeitskreisen in die erfolgreiche Umsetzung gefunden. Im Zuge dessen wurde Nachhaltigkeit als zukunftsweisendes Kriterium bei den Entscheidungen über die Entwicklung der Umwelt, in der man lebt, in den Köpfen der Bürger verankert. Als nachhaltig erwies sich auch der Agenda-Prozess selbst. Dies ist der intensiven Zusammenarbeit zu verdanken, die sich zwischen allen Beteiligten entwickelte und die so zum Modell für eine gelungene Einbeziehung der Bürgerinteressen in den kommunalen Planungsprozess wurde. Nach Abschluss des Agenda-Prozesses griffen Bürgermeister und Gemeinderat bei einem neuen Planungsverfahren auf diese positiven Erfahrungen zurück. Statt die Aufträge wie früher ohne oder gegen die Bürgerschaft zu vergeben, beschlossen sie, mit den Bürgern in einer gut und aufwändig vorbereiteten und geführten Planungswerkstatt in den Dialog zu treten. Das Ergebnis wurde von allen Beteiligten als so produktiv und den Interessen aller dienend eingeschätzt, dass inzwischen insgesamt vier solche Planungswerkstätten durchgeführt wurden.

Bürgermeister Jörg Lutz und die Projekte der Lokalen Agenda 21 sind gemeinsam das Wagnis eingegangen, die Bürger in bisher nicht üblichem Maße an den Zukunftsplanungen ihrer Kommune zu beteiligen. Die dabei gesammelten Erfahrungen haben sie dazu genutzt, diese Form der Bürgerbeteiligung weiter zu entwickeln und damit eine neue Form demokratisch herbeigeführter Lösungsansätze im Entscheidungsprozess zu verankern.

Eine Theodor Heuss Medaille für das Jahr 2009 wird dem Bürgermeister der Gemeinde Grenzach-Wyhlen,

Jörg Lutz und den Projekten der Lokalen Agenda 21

zuerkannt für die gemeinsamen Bemühungen um einen lokalen Beitrag zur Nachhaltigkeit, durch die die Bürger der Gemeinde Grenzach-Wyhlen auf vorbildliche Weise in den Agenda-Prozess eingebunden und darauf vorbereitet wurden, sich auch an zukünftigen Planungsprozessen sinnvoll beteiligen zu können.

Stuttgart, den 25. April 2009

Ludwig Theodor Heuss
Vorsitzender des Vorstandes

Jutta Limbach
Vorsitzende des Kuratoriums

»Bürgerrechte, Bürgermeister, Bürgerinitiativen:
Demokratie lokal gestalten«